



Franziska Becker

MITTENDRIN FÜR WILMERSDORF



NEWSLETTER
Franziska Becker MdA
Ausgabe März/ April 2014
www.becker2011.de

Editorial

Liebe Leserin und lieber Leser,

mit der deutlichen Botschaft, unsere Abgeordnetentätigkeit weiter zu professionalisieren sowie mehr Nähe und Transparenz zu den Bürgerinnen und Bürgern durch die Einrichtung von *Wahlkreisbüros* herzustellen, hatten wir Ende 2013 eine Parlamentsreform beschlossen. Und wir haben die Pauschale für Mitarbeiter erhöht, so dass mich seit Anfang Januar zwei Mitarbeiter und eine Mitarbeiterin bei der parlamentarischen Arbeit und im neuen Wahlkreisbüro „vor Ort“ unterstützen.

Mein Wahlkreisbüro in der Fechnerstraße 6a nimmt Gestaltung an. Es ist zu gut zwei Dritteln eingerichtet, PC und Telefon sind installiert, ebenso die neue Kaffeemaschine (Filterkaffee), wir haben Öffnungszeiten festgelegt und vieles mehr. Die Dinge, die nun noch fehlen, schaffen wir peu à peu an, erst einmal lassen wir den neuen Raum auf uns wirken und entscheiden dann.

- Oft beobachte ich, wie Bürgerinnen und Bürger am Büro vorbei laufen, interessiert gucken und vielleicht (?) denken, dass hier wohl „irgendetwas“ mit SPD rein kommt; sie es aber nicht genau wissen... (bis auf Jene, die reinkommen und fragen). Spätestens mit der Glasbeschriftung samt Aushängen, wird das Unbekannte in den nächsten Wochen bekannt.

Über Besuche im und Interesse am Wahlkreisbüro freuen wir uns. Die offizielle **Einweihungsfeier** findet **am Freitag, 23. Mai 2014, ab 15 Uhr** statt (Einladung folgt). Dazu veranstalte ich einen Stadtteiltag. - Über all diese neuen Dinge berichte ich in dieser Ausgabe ausführlich ab Seite 4.

Weiterer Schwerpunkt in dieser Ausgabe ist ein Themenspecial zur Jugendberufsagentur. Mit der Leitidee 'Gemeinsam beraten, gemeinsam unterstützt - Hilfe für Jugendliche und junge Erwachsene unter einem Dach' will der Senat dieses Vorhaben bis zum Sommer rahmen und zur Umsetzung scharf machen. Neue Strukturen soll es nicht geben, wohl aber sollen Kooperationsvereinbarungen mit wichtigen Akteuren geschlossen werden. Vorbild ist Hamburg, das bereits seit über zwei Jahren eine Jugendberufsagentur hat. Ziel ist es, Berufsberatung, Vermittlung in Ausbildung und Arbeit sowie Leistungen der Jugendhilfe unter einem Dach zu vereinen, damit Hilfe schnell und effektiv angenommen werden kann. Berlin liegt bei der Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit unter dem Bundesdurchschnitt. Intensive und nachhaltige Anstrengungen sind weiterhin gefordert, um die Situation deutlich zu ändern.

In diesem Sinne wünsche ich ein allseits interessiertes Lesen und gerne Rückmeldungen zu dieser Ausgabe.

Herzliche Grüße



Als ich Anfang Dezember diese großartige leere Ladenimmobilie in der Fechnerstraße 6a sah, wusste ich sofort, dass nur diese als Wahlkreisbüro für mich in Frage kommt (war ein bisschen wie Liebe auf den ersten Blick). Seit 1. März 2014 bin ich Mieterin.



Hell ist es auch.

PS: Falls Jemand ein gut erhaltenes Sofa (rot?) zum Freundschaftspreis abgeben kann, würde ich mich über Hinweise freuen.

I. Aus der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Koalition beschließt Gesetzesentwurf zum Tempelhofer Feld - Opposition erklärt den politischen Bankrott

Wir als Regierungskoalition haben am 20. März 2014 einen Gesetzesentwurf zum Tempelhofer Feld im Plenum beschlossen. Die Berlinerinnen und Berliner haben so beim Volksentscheid am 25. Mai 2014 die Möglichkeit, zwischen zwei alternativen Gesetzesentwürfen abzustimmen. Als Angebot zur Initiative "100% Tempelhofer Feld" schlagen wir vor, nur die Ränder moderat zu bebauen, um v.a. günstige Mietwohnungen zu schaffen; die 230 Hektar große Innenfläche will die Koalition dauerhaft sichern für Erholung, Freizeit und Sport. Die Initiative lehnt die Bebauung komplett ab.

Wir schreiben fest, dass die Freifläche "gleichermaßen den Erholungsbedürfnissen der Bevölkerung, dem Natur- und Artenschutz, der Stadtklimatisierung und dem Landschaftsbild" dienen soll.

Wir wollen, dass das Tempelhofer Feld für alle Berlinerinnen und Berliner erlebbar wird - und nicht nur für einige wenige. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum schaffen, der in unserer wachsenden Stadt dringend gebraucht wird.

Trotz intensiver Verhandlung konnte ein eigener und gemeinsamer Gesetzesentwurf mit der Opposition nicht auf den Weg gebracht werden.

Die Opposition stimmte geschlossen gegen unseren Gesetzesentwurf, obwohl wir einen weitreichenden Kompromissvorschlag vorgelegt hatten, der hinsichtlich der Bürgerbeteiligung bundesweit einmalig ist und an die Grenzen des realpolitisch möglichen und rechtlich zulässigen gelangt.

Unser stadtentwicklungspolitischer Sprecher Daniel Buchholz bedauerte in der Plenardebatte, dass keine Einigung mit der Opposition zustande kam und sprach von einer "politischen Bankrotterklärung der Opposition". Die Grünen haben sich einmal mehr für reines Taktieren statt für Regierungsfähigkeit entschieden.

Während der Verhandlungen hatte sich unsere Fraktion mit dem Bausenator und der Senatskanzlei mehrfach eng über denkbare Zugeständnisse abgestimmt. Unter anderem wurde signalisiert, dass auf eine Bebauung des Quartiers am Columbiadamm verzichtet werden könne, was in dem u.a. Protokoll nicht hervorgeht und daher hier noch einmal erwähnt wird.

- Was genau im Vorfeld versucht wurde zu verhandeln und wer was (nicht) gesagt hat, kann in dem Verhandlungsprotokoll der Koalitionen des Abgeordnetenhauses zum Volksbegehren v. 17.3.2014 nachgelesen werden:

http://www2.becker2011.de/uploads/verhandlungsprotokoll_thf.pdf

Zur friedlichen Einigung am Oranienplatz

Klaus Wowereit sprach in der Fraktionssitzung am 18. März 2014 von einem „riesigen Verhandlungserfolg, der sich sehen lassen kann“ und meinte die friedliche Lösung für die Flüchtlinge am Oranienplatz.

Nach langen und zähen Verhandlungen erzielte Integrationsssenatorin Dilek Kolat mit den Verhandelnenden eine Vereinbarung, eine Lösung weitab von der Absicht der CDU, den Platz zu räumen (die das Problem seit 1 ½ Jahren duldet) und ebenso fern von Pauschalzusagen, da nun für alle Personen, die die Einigung unterschreiben, eine Einzelfallprüfung mit entsprechender Unterstützung ermöglicht wird sowie Unterkünfte zur Verfügung gestellt werden.

Ich hoffe, die Lage wird sich weiter beruhigen. Die eigentlichen Probleme bleiben ungelöst, denn die Bedingungen für schutzsuchende Flüchtlinge müssen auf bundesdeutscher und vor allem auf europäischer Ebene verbessert werden.

- Einigungspapier zum Oranienplatz v. 18.3.2014:

http://www2.becker2011.de/uploads/einigungspapier_oranienplatz_end.pdf

Raed Saleh: kostenfreie Kita-Bildung von Anbeginn

Es ist richtig und an der Zeit, die Lücke der gebührenfreien Bildung von der Kita über die Schule zum Studium mittel- bis langfristig weiter zu schließen – was selbstredend nicht in Konkurrenz zum quantitativen Ausbau der Kita-Plätze resp. dem Angebot an ErzieherInnen steht, was ich ausdrücklich betonen möchte. Raed Saleh hat dazu die Diskussion eröffnet und fordert eine „Gratis-Kita für alle“.

Keine neue Forderung aber ein strategisch höchst wichtiges Thema, mit dem wir uns als SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus vertieft befassen werden.

- Die Erstmeldung in der Berliner Morgenpost v. 18.3.2014:

<http://www.morgenpost.de/berlin-aktuell/article125942279/Berliner-SPD-Fraktionschef-plant-Gratis-Kita-fuer-alle.html>

- Das DIW Berlin schlägt seit längerer Zeit kostenfreie Kita-Bildung von Anfang an vor und bietet zum Themenfokus Kinderbetreuung - Familien- und Bildungspolitik eine Webseite mit hauseigenen Publikationen an:

http://www.diw.de/de/diw_01.c.401555.de/themen_nachrichten/demographie_und_haushalte/aktueller_schwerpunkt_zur_kinderbetreuung_-_familien-_und_bildungspolitik.html

II. Aus Parlament und Senat

Europäischer Strukturfonds 2014-2020

Am 18. Februar 2014 hatten wir in der Fraktionssitzung Wirtschaftssenatorin Cornelia Yzer (CDU) zu Gast. Sie berichtete über die Perspektiven der neuen Förderperiode Europäischer Strukturfonds.

Demnach wurde im EU-Haushalt 2014-2020 folgendes verabschiedet: von insgesamt 908,4 Mrd. € stehen für die Strukturpolitik 325,1 Mrd. € (34%) zur Verfügung (nach 355,2 Mrd. € im Zeitraum 2007 – 2013 (abgelaufene Förderperiode).

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie informierte

Zum Zeitplan:

Nach der Einreichung der Partnerschaftsvereinbarung beschließt der Senat in Kürze über die Entwürfe der

am 22. Januar 2014 über die Verteilung der EFRE- und ESF-Mittel innerhalb Deutschlands.

Auf Berlin entfallen 850.301.615 €, davon für EFRE 635.213.023 € sowie für ESF 215.088.592 €.

Das bedeutet eine (erwartete) erhebliche Mittelkürzung.

Zum Vergleich: In der abgelaufenen Förderperiode 2007 –2013 betrug die Mittel für EFRE 875,6 Mio. € und für ESF 335,7 Mio. €. Die gute Nachricht dabei ist, dass die Mittel insbesondere beim ESF erheblich weniger drastisch gekürzt wurden als lange Zeit zu befürchten war.

operationellen Programme (OP) des EFRE und ESF. Im Anschluss beginnen die Verhandlungen mit der EU-Kommission sowohl über die Partnerschaftvereinbarung als auch die OP-Entwürfe, die die Europäische Kommission erst nach Abschluss der Partnerschaftvereinbarung genehmigen kann. Diese genehmigten OP EFRE und ESF werden dem Senat und dem Abgeordnetenhaus vorgelegt.

Nach der Fraktionssitzung wurde uns das folgende Handout zugestellt, das über die operationellen Programme von EFRE und ESF informiert, über spezifische Förderinstrumente sowie die Programmstruktur:

http://www2.becker2011.de/uploads/efre_esf_op_02_14.pdf

Elf thematische Ziele für die Strukturfonds

1. Forschung, technologische Entwicklung, Innovation
2. Informations- und Kommunikationstechnologien
3. Wettbewerbsfähigkeit von KMU, Agrar- und Fischereisektor
4. CO₂-arme Wirtschaft
5. Anpassung an den Klimawandel, Risikoprävention und -management
6. Umweltschutz und Ressourcen-Effizienz
7. Nachhaltigkeit in Verkehr und Infrastruktur
8. Beschäftigung und Mobilität
9. Soziale Eingliederung und Armutsbekämpfung
10. Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen
11. Institutionelle Kapazitäten und effiziente Verwaltung

Nachtrag zum Equal Pay Day vom 21. März 2014

In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als die männlichen Kollegen.

Wir als SPD-Fraktion sprechen uns entschieden für den Abbau von Lohnunterschieden zwischen Frauen und Männern aus. Im Ausschreibungs- und Vergabegesetz des Landes Berlin haben wir den Mindestlohn von 8,50 Euro als Bedingung für die Auftragsvergabe festgeschrieben.

Und wir haben eine Klausel durchgesetzt, nach der Auftragnehmer gleichen Lohn für gleiche Arbeit zahlen müssen. Wir wollen gleichen Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit!



III. Themenspecial zum eigenen Sprecherthema

Eine Jugendberufsagentur für Berlin

Ausgangslage – Jugendarbeitslosigkeit

In Berlin ist die Arbeitslosenquote für unter 25-Jährige (U25) seit Jahren mit am höchsten im bundesdeutschen Durchschnitt. Aktuell (Februar 2014) liegt sie bei 11,5 % und damit auf dem vorletzten Platz vor Mecklenburg-Vorpommern. Die Ursachen für die hohe Quote sind vor allem die hohe Schulabbrecherquote von 7,1 % sowie der Mangel an Ausbildungsstellen, wodurch 16,7 % Jugendlichen 2012 bei der Ausbildungssuche unversorgt blieben.

Auch bei erfolgreicher Ausbildungssuche bzw. einem Abschluss stellen sich Schwierigkeiten ein: bei 33 % der Jugendlichen wurde der Ausbildungsvertrag vorzeitig aufgelöst und 8 % der Jugendliche mussten sich nach der Ausbildung arbeitslos melden.

Zur Bekämpfung dieser Probleme gibt es in Berlin zahlreiche staatliche Förderprogramme und Anlaufstellen für Jugendliche. Doch operieren sie weitgehend unabhängig voneinander. Außerdem gibt es keine einheitliche Statistik, die alle Sektoren des Berufsbildungssystems im Längsschnitt berücksichtigt, wodurch ein effizienter und effektiver Mitteleinsatz eingeschränkt wird¹.

Kooperationspartner, also der Schulen der Bezirke, örtlichen Jobcenter, Agenturen für Arbeit sowie Jugendämter. Sie alle sind für Personal-, Sach- und Finanzmittel selbst verantwortlich. Die Zusammenarbeit der Akteure auf Landesebene sollen landesweit geschlossene Kooperationsvereinbarungen regeln. Unter Einhaltung landesweiter Qualitätsstandards können

Lösungsansatz – Jugendberufsagentur

Als Lösung dieser schwierigen Situation wird seit längerem in Berlin das Hamburger Erfolgsmodell der Jugendberufsagenturen (JBA) diskutiert. Grund hierfür ist der innovative Ansatz Berufsberatung, Vermittlung in Ausbildung- und Arbeit sowie Leistungen der Jugendhilfe unter einem Dach zu vereinen, um Jugendlichen schnell und effektiv Hilfe anzubieten. Jugendliche sollen nie wieder den Satz hören müssen: „[H]ierfür sind wir nicht zuständig“⁴. Weitere Ziele und Funktionen leiten sich aus dem Grundsatz „jeder wird [...] gebraucht, niemand darf verloren gehen“⁵ ab.

In diesem Kontext fördert eine Integration aller staatlichen Hilfeleistungen die bedarfsgerechtere, effektivere und effizientere Planung der bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Anzahl an Fehlplatzierungen und die Zeit im Übergangssystem (also nach der Sekundarstufe I) soll so deutlich verringert werden. Darüber hinaus sollen die Erreichbarkeit, Attraktivität und Transparenz staatlicher Leistungen für Jugendliche und deren Eltern erhöht werden. Letzteres wird zudem durch den Einsatz hochwertiger statistischer Dokumentationsmittel unterstützt, um so das Wissen über den „Verbleib“ von Jugendlichen zu sichern und die Berufswegplanung zu fördern. Strukturell ist die JBA keine neue Institution, sondern ein Arbeitsbündnis der beteiligten. Die JBA hat sich in Hamburg erfolgreich bewährt, was sich darin widerspiegelt, dass sie als ein best practice-Beispiel im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Union zur bundesweiten Verbreitung aufgenommen wurde.

¹ Berliner Senat und Regionaldirektion B-BRB, 2014.

⁴ Senator Scheele bei der Vorstellung des Konzeptes in der Hamburger Landesvertretung in Berlin, 2014.

⁵ Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, 2012.

Bezirke auch eigene Kooperationsvereinbarungen zwischen regionalen Bündnispartnern schließen und damit individuelle Lösungswege beschreiben.

Erfolg und Ausblick

Die Zahlen sprechen für sich – über 14.300 Jugendliche haben im ersten Jahr in Hamburg die Leistungen der JBA in Anspruch genommen². Darunter befanden sich 7.956 junge Schulabgängerinnen und -Abgänger, von denen der weitere Werdegang begleitet und eine Anschlussoption gefunden wurde. „Niemand ging verloren!“³.

Für eine erfolgreiche Umsetzung in Berlin ist es nun wichtig, die Diskussion zur Einrichtung von Jugendberufsagenturen zu fördern und aktiv auf zukünftige Bündnispartner zuzugehen.

-Mehr zum Thema, mit Links und Dokumenten, habe ich auf meiner Webseite ausführlich aufbereitet:

<http://www.becker2011.de/nachrichten/7432207.html>

Graphik: Arbeitslosenquoten U20 und U25 seit Jahren die höchste im Vergleich mit anderen Bundesländern

	Berlin	BRD
... verlässt die Schule ohne einen Schulabschluss:	7,1 %	5,9 %
... Nachfrager ohne Ausbildungsplatz:	16,7 %	12,1 %
... vorzeitige Vertragslösung:	33,3 %	24,4 %
... Arbeitslos trotz Berufsausbildung:	8,0 %	4,8 %
... Arbeitslosigkeit insgesamt U25 (2013):	12,0 %	6,0 %

(Quelle: RD BB für 2013)

IV. Berichte über Aktivitäten und neues aus dem Wahlkreis

Bürgerbüro in der Fechnerstraße 6a seit 1. März 2014 geöffnet



Fischaugen-Blick – einmal im Kreis geguckt.

Im Editorial habe ich bereits erwähnt, dass sich viel in meinem Wahlkreisbüro tut und getan hat. Ich habe zwei neue Mitarbeiter und eine neue Mitarbeiterin, Öffnungszeiten festgelegt; das kann alles auf meiner Webseite nachgelesen werden:

<http://www.becker2011.de/buebue/index.html>

Wer ist das neue „Team Becker“?

Dank der Parlamentsreform haben wir seit Jahresanfang eine höhere Pauschale für die Vergütung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich habe seitdem drei neue Mitarbeiter eingestellt, die insgesamt rd. 35 Stunden für mich arbeiten.

- Neugierig? Mehr:

http://www.becker2011.de/buebue/team_becker/index.html



Nicht in die Irre führen lassen: Die Ladenbeschriftung ist in Arbeit.

² Bundesagentur für Arbeit, 2012.

³ Hamburger Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration, 2012.

Bericht vom stadtpolitischen Kongress der Jusos Berlin vom 22. Februar 2014

Am Samstag, 22. Februar 2014, saß ich auf dem Podium des stadtpolitischen Kongresses der Jusos Berlin *Berlinupsidetown* im Jugendkulturzentrum der AWO „Pumpe“. Thematisch war der Kongress breit aufgestellt: über „junge Kreative“, „Solidarität in der Nachbarschaft“ bis hin zu „Migration und Ausbildung“ wurde debattiert. Letzteres war Thema meiner Gruppe *Berlin in der Krise*. Wir tauschten uns u.a. darüber aus, wie sich die anhaltende Wirtschaftskrise nicht nur in vielen europäischen Ländern bemerkbar macht und was der Zuzug nach Deutschland und Berlin für die Stadt bedeutet. Neben dem Spaß an der Diskussion mit den JUSOS habe ich eine weitere Zusammenarbeit mit den Jusos angeregt.

- Mehr:

<http://www.jusosberlin.de/berlinupsidetown>



Kongress *Berlinupsidetown*: Diskussion im Panel „Berlin in der Krise“

- Die Frankfurter Rundschau hat das Thema Zuwanderung mit verschiedenen Beiträgen sehr gut, wie ich finde, aufbereitet:

<http://www.fr-online.de/flucht-und-zuwanderung/zuwanderung-der-westen-saugt-den-osten-aus,24931854,25942206.html>

- Weiterer Buchtipp zum Konferenzthema:
Reclaim Berlin – Soziale Kämpfe in der neoliberalen Stadt, Andrej Holm (2014), Paperback, € 18,-.



Schlagworte zum/ über das Buch:

Berlin Hochburg des stadtpolitischen Protestes - Häuserkämpfe – mehr als 100 besetzten Häuser in West- und Ostberlin - Demonstrationen - erfolgreiche Anti-Olympiakampagne - Prozess der Gentrifizierung wurde vorangetrieben - Schlachten um die Neuordnung Berlins - Wohnungsfrage ist mit Macht zurückgekehrt – neue Initiativen wehren sich - gegen Mietsteigerungen und Verdrängung aus den Wohnungen – fordern andere Stadtpolitik (...).

PS: Aufruf in eigener Sache. Wer von euch besitzt ggf. noch aus JUSO-Zeiten (ca. 1994/1995) in der Schublade ein Arbeitsprogramm „*Stadtpolitisches Programm – Wem gehört die Stadt?*“ der Berliner JUSOS von damals? Wir wirkten damit sehr erfolgreich in die Partei hinein. Leider hat bei mir kein Exemplar überlebt. Who can help? Bitte melden.

1. Wilmersdorfer Wahlkreistag vom 7. März 2014 mit drei Stationen zum Thema Frauen&Gender

Mein 1. Wilmersdorfer Wahlkreistag fand am Vortag des internationalen Frauentages zum Thema Gender&Frauen statt. Mit den Wahlkreistagen möchte ich stärker die KollegInnen einbinden, die im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf resp. in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Verantwortung tragen.

Der Tag führte mich zu den Stationen des D3-Mädchentreffs in der Düsseldorfstraße, zum Verein Raupe und Schmetterling - Frauen in der Lebensmitte e.V. sowie zu den Stadtteilmüttern im Bezirk.

- Bericht:

<http://www.becker2011.de/nachrichten/7444592.html>



Der D3-Mädchentreff in der Düsseldorfstraße 3 hat ein tolles Konzept, dem man mehr Beachtung schenken sollte und der die wichtige Zielgruppe Mädchen und junge Frauen anspricht und lebensnahe Angebote macht.

V. Einige Termine im März und April 2014

Einladung zur Podiumsdiskussion „Ausbildung und Arbeit für alle Jugendlichen – Niemand darf aufgegeben werden“!

Der SPD-Fachausschuss Wirtschaft, Arbeit und Technologie hat mich am **Mittwoch, 26. März 2014** zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Wir diskutieren über Konzepte und Strategien, die mehr Jugendlichen eine Ausbildung sowie berufliche Perspektive bieten.

Die Veranstaltung ist öffentlich und findet im **Abgeordnetenhaus** von Berlin statt und geht von **18.30 bis 21.00 Uhr** (Niederkirchnerstraße 5, 10115 Berlin).

- Mehr zur Veranstaltung:

<http://www.becker2011.de/show/7426406.html>

Diskussion zur Halbzeitbilanz der Beruflichen Bildung

Am **Mittwoch, 2. April 2014, 19.00 bis 21.00 Uhr**, findet im **Abgeordnetenhaus** (Raum 311) die Veranstaltung „Berufsbildungspolitische Halbzeitbilanz“ der rot-schwarzen Koalition statt. Dazu sind Staatssekretär Mark Rackles, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend Wissenschaft sowie Uwe Schulz-Hofen, Leiter der Abteilung für Arbeit und Berufliche Bildung bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration, Frauen, eingeladen.

Gefragt und geantwortet wird zu den umgesetzten berufsbildungspolitischen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag, aber auch über jene Projekte, die in der „zweiten Halbzeit“ anstehen.

- Mehr zur Veranstaltung:

<http://www.becker2011.de/show/7441401.html>

Einladung: Plenum Berliner Linke zum TTIP-Abkommen

Die BL kommt am **Mittwoch, 2. April 2014, 19.00 bis 21.00 Uhr** zusammen und diskutiert über das transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP), das zwischen der EU und den USA verhandelt wird. Nachdem erste Verhandlungsstände an die Öffentlichkeit gedrungen sind, gibt es scharfe Kritik von allen gesellschaftspolitischen Seiten. Das TTIP wird auch im Europawahlkampf eine größere Rolle spielen. Als Linke in der SPD Berlin wollen wir uns über die Auswirkungen des geplanten Abkommens austauschen. Es referiert **Carsten Sieling MdB**.

Wann und wo? **Mittwoch, 9. April 2014, 19.00 bis 21.00 Uhr**, **Kurt-Schumacher-Haus**, Müllerstraße 163, 13353 Berlin, Erika-Heß-Saal. Anmeldung: <http://doodle.com/a2r6iazcgmk27f8a>

- Mehr in den „Böckler-Impulsen“ auf Seite 3, die die Risiken des Freihandelsabkommens gut zusammen fasst.

http://www.boeckler.de/impuls_2013_19_gesamt.pdf

- Mehr auf der Webseite des Forums Umwelt und Entwicklung:

<http://www.forumue.de/themen/ag-handel/unfairhandelbar/>

Europäische Wirtschaftspolitik – was läuft schief?

In Deutschland scheint die Krise vorbei zu sein. Also alles in bester Ordnung? Wir meinen, nein. Denn: Wer zahlt für die Krisenpolitik? Wie weiter in Griechenland und Spanien? Was ist nötig für Wachstum und Arbeitsplätze in ganz Europa?

Informationsveranstaltung mit Dr. Gustav Horn, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), das von der Hans-Böckler-Stiftung gegründet wurde.

Wann und Wo? **Dienstag, 8. April 2014, 16.00- 18.00 Uhr**, **DGB-Haus** (W.-Leuschner-Saal), Keith-/ Ecke Kleiststraße (U-Bhf. Wittenbergplatz).

-Mehr:

<http://berlin-brandenburg.dgb.de/themen/++co++b638fec0-a855-11e3-88f6-52540023ef1a>

Kostenlose Rechtsberatung zum Miet-, Verbraucherschutz- und Arbeitsrecht

Die SPD-Abteilung Wilmersdorf-Nord bietet eine Rechtsberatung (Erstberatung) zum Miet-, Verbraucherschutz- und Arbeitsrecht an. Es stehen drei auf Miet-, Verbraucherschutz- sowie Arbeitsrecht spezialisierte Rechtsanwälte interessierten Bürgerinnen und Bürgern zur Einschätzung der Probleme zur Seite.

Die Beratung ist kostenlos. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Nächster Termin:

Mittwoch, 12. April 2014, 17.00 bis 19.00 Uhr, **Kita Aventura, Nikolsburger Platz** (U-Bahnhof Hohenzollerndamm oder Güntzelstraße).

- Weitere Termine und mehr:

<http://www.becker2011.de/nachrichten/7308505.html>

Kontakt und Impressum:

Abgeordnetenhaus von Berlin:

Franziska Becker MdA
SPD-Fraktion
Abgeordnetenhaus von Berlin
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Tel.: (030) 2325 - 22 81
Tel.: (030) 2325 - 22 29

Wahlkreisbüro Wilmersdorf:

Franziska Becker MdA
Fechnerstraße 6a
10717 Berlin

Tel.: 01575-438 70 74

Öffnungszeiten:

Montag: 10.00-18.00 Uhr
Dienstag: 10.00-14.00 Uhr
Mittwoch: 10.00-13.00 Uhr
Freitag: 10.00-13.00 Uhr
Samstag: 11.00-13.00 Uhr

Ich bin vorerst Montag Vormittag im Büro anzutreffen (sonst Terminvereinbarung).

E-Mail:

franziska.becker@spd.parlament-berlin.de

Webseite:

<http://www.becker2011.de>

Facebook:

<https://www.facebook.com/franziska.becker2011>

V.i.S.d.P.:

Franziska Becker MdA, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, direkt gewählte Abgeordnete im Wahlkreis 6 in Wilmersdorf.